

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg),
Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7452 –**

Mehr Sicherheit durch Kreisverkehre

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag u. a. mit dem Ziel eingebracht, Straßenverkehrsunfällen durch eine verstärkte Einführung von Kreisverkehrsplätzen zu begegnen. Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, die Bedeutung von Kreisverkehrsplätzen für eine deutliche Verringerung der Unfallzahlen mit Verunglückten anzuerkennen, ein Sonderprogramm für mehr Kreisverkehrsplätze in Deutschland aufzulegen und die Finanzierung für ein solches Programm aus dem Haushalt („Anti-Stau-Programm“) sicherzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/7452 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Rita Streb-Hesse
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Rita Streb-Hesse

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/7452 in seiner 208. Sitzung am 13. Dezember 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag u. a. mit dem Ziel eingebracht, Straßenverkehrsunfällen durch eine verstärkte Einführung von Kreisverkehrsplätzen zu begegnen. Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, die Bedeutung von Kreisverkehrsplätzen für eine deutliche Verringerung der Unfallzahlen mit Verunglückten anzuerkennen, ein Sonderprogramm für mehr Kreisverkehrsplätze in Deutschland aufzulegen und die Finanzierung für ein solches Programm aus dem Bundesstraßenhaushalt („Anti-Stau-Programm“) sicherzustellen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 133. Sitzung am 13. März 2002 einstimmig beschlossen, von einer Mitberatung abzusehen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 13. März 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS, den Antrag abzulehnen.

Die Fraktion der SPD führte aus, die Bedeutung von Kreisverkehrsplätzen sei nicht zu bestreiten. Dies gelte aber vor allem für den innerörtlichen Verkehr, nicht für Landstraßen und Bundesfernstraßen. Kreisverkehrsplätze bei über-

örtlichen Straßen würden von Fachleuten für kontraproduktiv gehalten. Dennoch hätten die frühere Bundesregierung und die heutige Bundesregierung bei den Straßenbauverwaltungen der Länder angeregt, dort wo es sinnvoll sei, Kreisverkehrsplätze einzurichten. Die Finanzierung sei mit den regulären Haushaltsmitteln sichergestellt. Ein Sonderprogramm sei nicht zweckmäßig, da der Bau von Kreisverkehrsplätzen bereits umgesetzt werde. Deshalb ergebe sich auch keine Notwendigkeit einer besonderen Finanzierung.

Die Fraktion der CDU/CSU erklärte, in der Sache sei Einigkeit über alle Fraktionsgrenzen erkennbar, dass ein Nachholbedarf an Kreisverkehrsplätzen bestehe. Es gebe in Deutschland etwa zwanzig Mal mehr Wünsche nach Kreisverkehrsplätzen als finanzielle Mittel für den Bau vorhanden seien. Der Grund hierfür sei die Erkenntnis, dass Kreisverkehrsplätze der Sicherheit dienen und der Verkehrsfluss eher verbessert als behindert werde. Insgesamt halte man an der Forderung nach einem Sonderprogramm für die Schaffung von Kreisverkehrsplätzen fest.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte an dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU, dass das geforderte Sonderprogramm durch eine Veränderung des Anti-Stau-Programms erreicht werden solle und damit in ein mühevoll erarbeitetes Programm eingegriffen werden solle. Das halte sie für nicht angemessen. Vielmehr halte sie es für sinnvoll, im Einzelfall auf die Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen zu achten.

Die Fraktion der FDP erklärte, dass sie die Forderung nach einem Sonderprogramm und die Forderung nach einer Finanzierung aus dem Anti-Stau-Programm nicht mittragen könne. Sie wies darauf hin, dass die Mittel aus dem Anti-Stau-Programm auch noch nicht vorhanden seien. Insbesondere Nummer 2 des Antrags halte sie für verfehlt.

Die Fraktion der PDS betonte die Feststellung des Antrags, dass die Vorteile von Kreisverkehrsplätzen bei einspurigen Straßen besonders groß seien. Sie wies darauf hin, dass es bei mehrspurigen Kreisverkehrsplätzen aber auch zu Nachteilen für den nichtmotorisierten Verkehr komme. Man sei darüber hinaus der Auffassung, dass Haushaltsmittel besser in die Schiene als in den Bau von Kreisverkehrsplätzen investiert werden sollten.

Berlin, den 13. März 2002

Rita Streb-Hesse
Berichterstatlerin

